



Abfallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB 822.1): Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfällen; Teilrevision

Übersicht Vernehmlassungsergebnisse

Teil 1: Gliederung nach Absenderinnen und Absendern

1. Einleitung

Am 1. Juni 2012 hat der Gemeinderat eine öffentliche Vernehmlassung zur Teilrevision des Abfallreglements auf Grund der geplanten Einführung der Sammlung von Rüstabfällen und Speiseresten lanciert. In der Vernehmlassung wurden alle im Stadtrat vertretenen politischen Parteien, die Quartierorganisationen und –leiste, der Hauseigentümerverband Bern und Umgebung, der Hausverein Mittelland, der Gewerbeverband, der Mieterinnen- und Mieterverband Bern und Umgebung sowie der Familiengärtnerverband Bern angeschrieben.

- Total angeschriebene Vernehmlassungsadressaten: 41
- Total eingegangene Antworten: 17
- Beteiligungsquote: 41%

Die interessierten Kreise waren eingeladen, zu folgenden zwei Fragen Stellung zu nehmen:

- Befürworten Sie das vorgeschlagene Konzept zur Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfällen (Sammelgut, Organisation und Finanzierung der Sammlung, Vorgehen und Zeitplan) grundsätzlich? Gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarf?
- Können Sie sich mit der vorgeschlagenen Teilrevision des Abfallreglements einverstanden erklären?

Nachfolgend werden alle eingegangenen Vernehmlassungsantworten gruppiert nach Politischen Parteien, Quartierorganisationen und Weiteren Organisationen in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Die Antworten werden hier zusammengefasst mit den inhaltlich relevantesten Aussagen wiedergegeben. Wo erforderlich, wurden die Aussagen teilweise oder ganz im Wortlaut des Antworttextes übernommen.

2. Politische Parteien

Bürgerliche Demokratische Partei

Die BDP befürwortet grundsätzlich die Sammlung. Es soll eine Pflicht zur Nutzung von Compostbags für Rüst- und Speiseabfälle bestehen. Die Gebühr soll über eine Sackgebühr bzw. Vignettenlösung auf den Compostbags eingeführt werden und nicht über die Eigentümer der Grüncontainer. Gartenabfälle sind von der Gebühr befreit. Ansprechpersonen für Grüncontainer sind nicht erforderlich. Ausserdem wird die Reduktion der Hauskehrichtsammlung auf 1x pro Woche verlangt. Der Kredit für die Umsetzung der Sammlung sollte zusammen mit dem Vortrag für die AFR-Anpassung eingereicht werden oder die Kosten im SR-Vortrag aufgenommen werden. Ausserdem wünscht die BDP, dass die Auswirkungen des Bundesgerichtsurteils auf die Grüngutsammlung aufgezeigt werden. Im Konzept sollen Vor- und Nachteile der verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten einer Vergärungsanlage (eigene Anlage, Beteiligung, Nutzung via Vertrag) aufgezeigt werden.

Eidgenössisch-Demokratische Partei

Die EDU befürwortet grundsätzlich die Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfällen zur Verwertung in einer Biogasanlage. Sie wünschen aber insbesondere folgende Änderungen am Konzept:
Es sollte ein Lösung gefunden werden, welche keine Mehrkosten für die Bürger verursacht. Die Abfuhr von Grünabfällen soll weiterhin gebührenbefreit sein, die vorgeschlagene Gebühr ist im Vergleich zum Kehricht zu hoch. Deshalb schlägt die EDU eine Reduktion der Kehrichtabfuhr auf 1x pro Woche vor, womit Kosten reduziert und das Ortsbild geschont werden können. Weiter soll geprüft werden, ob und inwiefern die Quartiersammelstellen für die Sammlung von Kehricht und/oder organische Abfällen geeignet wären, um den Servicestandard trotz Kehrichtabfuhrreduktion beibehalten zu können.

Evangelische Volkspartei der Stadt Bern

Die EVP begrüsst das Konzept zur erweiterten Grüngutsammlung mit Hinweis auf das Energiegewinnpotential. Sie schätzt die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger, ob sie die Sammlung von Grünabfällen in Anspruch nehmen will. Sie bedauert es zwar, dass aufgrund einer Jahrespauschale die Abfallverursacher nicht stärker belohnt bzw. bestraft werden. Dafür begrüsst sie das dadurch mögliche unkomplizierte Inkasso. Eine wöchentliche Sammlung der Grünabfälle ist sinnvoll. In Bezug auf den Bundesgerichtsentscheid vom 21.02.2012 würde es die EVP vorziehen, die unterschiedlichen Fragestellungen – die erweiterte Grüngutsammlung einerseits und das Verursacherprinzip beim Littering andererseits – im Sinne eines effizienten Vorgehens in einer Vorlage zu behandeln. Das AFR hat seit jeher die Gemüter stark bewegt, so dass bei beiden Vorlagen die Gefahr besteht, dass das Referendum ergriffen wird. Die Frage wie das Verursacherprinzip beim Littering zum Tragen kommen soll, muss umgehend und prioritär angegangen werden.

**Freisinnig-
Demokratische Par-
tei der Stadt Bern**

Die FDP anerkennt die geleistete Arbeit, die der Gemeinderat mit der vorliegenden Teilrevision Abfallreglement erbracht hat. Grundsätzlich erachtet die FDP das vorliegende Konzept als zu kompliziert und zu teuer und vermutet, dass der Gemeinderat von Beginn an gegen die Abfuhr von organischen Abfällen war. Diese Haltung habe sich bereits bei der Beantwortung der Motion gezeigt und widerspiegeln sich im Vortrag zur Teilrevision. Dies sei umso erstaunlicher, da die Sammlung und Verarbeitung von Abfällen zwecks Energiegewinnung im Sinne eines rot-grünen Gemeinderats sein sollte. Insbesondere wünscht die FDP die Prüfung zweier weiteren Varianten. Erstens muss eine privatwirtschaftliche Lösung ausgearbeitet werden. Vielleicht könnte gerade eine private Lösung günstiger kommen, da die Stadt auf Investitionen, Betriebskosten und die entsprechende Personalaufstockung verzichten könnte. Im Übrigen handelt es sich dabei um ein Konzept, welches in der TVS bereits erfolgreich angewendet wird. In schneereichen Wintern werden Private für die Schneeräumung eingesetzt. Zweitens soll geprüft werden, ob die ausgeweitete Grüngutsammlung nicht mit zentralen Sammelstellen (analog den Quartiersammelstellen) organisiert werden könnte.

**Grüne-Freie Liste
Stadt Bern**

Die GFL begrüsst die Neuerungen im AFR sehr. Die GFL erachtet es als sinnvoller, die Sammlung ganzjährig wöchentlich durchzuführen, da sich die Menge der anfallenden Rüstabfälle kaum von Monat zu Monat unterscheidet. Sollte ein Abfuhrtermin von den Nutzern verpasst werden, ist mit grösseren Geruchsemissionen zu rechnen. Dass Mieter selber einen Container bewirtschaften können, wird Diskussionen auslösen. Die Lösung über Mietergenossenschaften erscheint eher schwierig und wird den Forderungen der Motionäre nicht gerecht. Der Gemeinderat soll eine Lösung ausarbeiten, die es allen Bürgern erlaubt, an der Abfallverwertung zu partizipieren. Sollte bei der erweiterten Grüngutsammlung die Menge an Hauskehricht deutlich zurückgehen, so ist mittelfristig die Reduktion auf eine einmalige Hauskehrichtsammlung pro Woche zu prüfen.

Grünes Bündnis

Das GB befürwortet grundsätzlich das vorgeschlagene Konzept und die Teilrevision des Abfallreglements. Insbesondere die Aufgliederung der Teilrevision in zwei Teile, womit die Grün-, Rüst- und Speiseabfall-Sammlung vorangetrieben wird.

Das GB unterstützt, dass Gartenabfälle und Speiseabfälle künftig auf freiwilliger Basis gesammelt werden. Vorzugsweise sollen Gartenabfälle weiterhin kompostiert, Speiseabfälle vergärt werden. Diese Forderung soll aber nicht zu Lasten der Einführung der Speiseabfallsammlung durchgesetzt werden. Die wöchentliche Sammlung soll ganzjährig erfolgen. Das GB ist mit der Containerpflicht einverstanden und wertet die Möglichkeit, sich zu einer Mietergemeinschaft zusammenschliessen zu können, positiv. Je nach Erfolg der Sammlung sollten mehrere Container pro Gebäude eingelöst werden können. Die Idee der Compobags wird unterstützt, es sollte jedoch kein Obligatorium dazu bestehen. Die Kürze des Transportweges ist für die GB von grosser Wichtigkeit. Deshalb soll der Gemeinderat bei der Standortwahl der Vergärungsanlage den Aspekt Transportweg stark gewichten. Es ist jedoch die gesamte Ökobilanz ent-

scheidend. Zudem sollte eine vertiefte Zusammenarbeit mit EWB bezüglich der Vergärung forciert werden. Je nach Erfolg des Sammlungskonzeptes soll sich die Stadt Bern offen halten, eine eigene Vergärungsanlage zu bauen. Das GB erachtet die pauschale Grundgebühr grundsätzlich als falsch, da das Verursacherprinzip so nicht angewendet werden kann. Die Problematik wird vor allem bei Gebäuden mit mehreren Wohnungen und nur einem Container besonders deutlich werden. Dem GB ist bewusst, dass eine andere Lösung momentan zu grösseren Verzögerungen bei der Einführung der Sammlung führen würde. Mit dem Vorschlag der Verursachergebühr wird dieser Problematik zudem entgegengewirkt. Das GB befürwortet die schnellstmögliche Einführung per Mitte 2013.

**Schweizer
Demokraten**

Die SD erachten das Konzept als sinnvoll und vernünftig und befürworten die Teilrevision des Abfallreglements. Insbesondere werden die Jahrespauschale und die Containerbereitstellung sowie die Freiwilligkeit begrüsst.

**Schweizerische
Volkspartei der Stadt
Bern**

Grundsätzlich wird die Ausweitung des Abfallreglements auf die Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfälle begrüsst sowie das separate Einsammeln der Speiseabfälle von Restaurants, Kantinen, Takeaways und anderen Gewerbebetrieben. Die SVP weist darauf hin, dass je nach Quartier die Zusammensetzung des Grüngutes sehr unterschiedlich ausfallen wird. Deshalb lohnt es sich, die verschiedenen Fraktionen aufgrund der Sammeltour zu analysieren und je nachdem, gezielt und kostenoptimiert, der Weiterverarbeitung zuzuführen. Die vorgeschlagene Jahresvignette wird als einfache Lösung mit minimalen Administrativkosten begrüsst, so auch die Verankerung des Verursacherprinzips. Dass den Haushalten mit der Einführung der Jahresgebühren Mehrkosten erwachsen, kann die SVP nicht nachvollziehen. Sie fordert den Gemeinderat auf, die Einführung für die Grundeigentümer kostenneutral zu gestalten. Ihrer Meinung nach wäre die Preisgestaltung transparenter, wenn gleichzeitig mit der Einführung auch die reduzierten Grundgebühren in der Vorlage enthalten wären. Die ganzjährige Sammlung wird von der SVP als sinnvoll erachtet. Aufgrund der nötigen professionellen Aufklärung der Grundeigentümer bzw. der verantwortlichen Personen durch die Stadt sollte die Einführung gestaffelt bzw. geografisch stufenweise erfolgen. Damit können Erfahrungen gesammelt und die flächendeckende Einführung von Systemfehlern verhindert werden. Auch könnte der Auftrag zum Einsammeln des Grüngutes in einem ersten Schritt einer Privatfirma übertragen werden. Nach erfolgreicher Einführung und Ausmerzung von Kinderkrankheiten könnte die Stadt die Einsammlung stufenweis und später selber ausführen. Der ambitionierte Zeitplan ist zwingend einzuhalten.

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern

Die SP begrüsst grundsätzlich den Ausbau der Grüngutsammlung von Gartenschnitt auf Rüstabfälle und Speisereste. Auch unterstützt sie eine öffentliche Ausschreibung bzgl. Beteiligung an einer Vergärungsanlage unter der Voraussetzung, dass die Transportwege möglichst kurz gehalten werden. Sie weist darauf hin, dass es für die erfolgreiche Umsetzung der Grüngutsammlung eine breite Informationskampagne für die Bevölkerung braucht. Im Konzept fehlen der SP diesbezüglich Hinweise darauf, wie eine möglichst grosse Reinheit der Abfälle erreicht werden kann. Die SP begrüsst den im Konzept vorgesehenen Sammelrhythmus, die Sammlung mittels normierten Containern mit klarer Bezeichnung der Ansprechpersonen sowie die Möglichkeit, sich zu Mietergemeinschaften zusammenschliessen zu können. Weiter ist es wichtig, dass den Containerverantwortlichen ein Containerreinigungsservice angeboten wird (Vermeidung von Geruchsbelastungen). Die SP ist skeptisch, ob während den Wintermonaten die Sammlung wegen Anfrieren des Grüngutes und der Rissbildung der Container durch Rütteln beim Leeren durchgeführt werden kann.

Die SP ist skeptisch gegenüber der Einführung einer neuen Entsorgungsgebühr mittels auf Containergrössen angepassten Jahresvignetten. Eine Gebühr kann die gute Absicht, biogene Abfälle besser zu nutzen, torpedieren. Die Erweiterung der Grüngutsammlung soll über die Grundgebühr finanziert werden (bisher war Gartenabfallsammlung auch gratis). Die SP bittet den Gemeinderat seine Aussagen zur Gebührenneutralität nochmals zu prüfen. Bei der gegenwärtigen finanziellen Situation betreffend Auswirkungen auf die Sonderrechnung Abfallentsorgung (Unsicherheiten weiteres Vorgehen bei Grundgebühr; möglicher Verlust Entsorgungsmonopol bei Siedlungsabfällen; Littering-Gebühren etc.) bestehen zu viele Unsicherheiten, so dass nicht auf einzelne Gebührenerhöhungen einzutreten ist. Bevor dies erfolgen kann, muss eine Gesamtbetrachtung vorgenommen werden. Dazu gehört, dass Rückstellungen in der Entsorgungsrechnung für künftige Investitionen und Beschaffungen gemacht werden können. Gemäss SP Stadt Bern sollen die anfallenden Kosten für Wertstoffsammlungen (Papier, Glas, Metall, Grüngut) durch die Grundgebühr und die Erträge bei der Verwertung gedeckt werden.

Forderung einer raschen Umsetzung per Mitte 2013.

3. Quartierorganisationen

DIALOG Nord- quartier

Die Delegierten des DIALOG' Nordquartiers begrüssen einheitlich die zusätzliche Sammlung von Rüstabfällen und Speisereste. Es gibt einzelne Befürchtungen, dass durch die eingesammelten Speiseresten in den Containern Geruchsemissionen entstehen, die auch Wildtiere anlocken würden.

Leist Bern Nord LBN

Der Leist Bern Nord befürwortet grundsätzlich das vorgeschlagene Konzept zur Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfällen, macht aber Vorbehalte bzgl. Geruchsemissionen und den damit verbundenen Stellmöglichkeiten der Container. Vielfach grenzen im Nordquartier die Liegenschaften an den

öffentlichen Grund. Es fehlen häufig die Möglichkeiten zum Abstellen des Containers im Freien. Ein Abstellen im Innern des Hauses erscheint aus Geruchsgründen problematisch. Im Weiteren fehlt im Konzept die Aussage wie dem Vandalismus vorgebeugt werden kann. Mit der vorgeschlagenen Teilrevision des Abfallreglements erklärt sich der Leist, unter Vorbehalt der oben erwähnten Punkte, einverstanden.

**Lorraine-
Breitenrain-Leist
LBL**

Der Leist Lorraine-Breitenrain lehnt das vorgeschlagene Konzept zur Sammlung von Grün-, Rüst- und Speiseabfällen und die damit verbundene Teilrevision des Abfallreglements ab. Die zurzeit praktizierte Lösung der Grünabfuhr via Container deckt aus Sicht des Leists die Bedürfnisse sehr gut ab. Bei den Hausbesitzern wächst Widerstand gegen die Ausdehnung der Grüngutsammlung auf Rüst- und Speiseabfälle, da sie ihnen eine Container-, Sauberhaltungs- und Inkassopflicht aufbürdet. Das Argument einer weiteren, versteckten Steuererhöhung ist nicht von der Hand zu weisen, zumal für die mit den Abfällen erzeugte Energie nochmals bezahlt werden müsste. Aus hygienischen Gründen und aus Angst vor wilder Deponie lehnt der Leist zentrale Sammelstellen ab.

**Marzili-Dalmazi-
Leist Bern**

Die Stadt Bern verfügt über eine neue Kehrichtverbrennungsanlage mit genügend Kapazität und neuester Technik, welche das erweiterte Grüngut ebenso in (thermische) Energie umwandelt. Ob eine Tonne Vergärung günstiger als in der Verbrennungsanlage ist, kann erst der Betrieb der neuen Anlage zeigen. Das erweiterte Grüngut könnte zum Betrieb der neuen Anlage benötigt werden. Somit drängt sich eine Grüngutsammlung in Anbetracht des organisatorischen und finanziellen Aufwands nicht auf. Die Mehrenergie dürfte in einem schlechten Verhältnis zu Anschaffungskosten LKW, Mehrfahrten, zusätzlichem Personal, Reinigung, Verwaltung und Organisation stehen.

Der Marzili-Dalmazi-Leist findet es grundsätzlich richtig, dass die erweiterte Grüngutsammlung auf freiwilliger Basis geschehen soll. Die bestehende Sammlung von Grüngut muss weiterhin unentgeltlich erfolgen. Die erweiterte Grüngutsammlung muss unabhängig vom Einsammeln der blauen Gebührensäcke und dem bisherigen Garten-Grüngut (Container) zusätzlich erfolgen.

Die Disziplin der Bevölkerung in Bezug auf Abfallentsorgung ist gering. Das Problem der wilden Deponien, liegen gebliebener Compobags auf der Strasse, deponierter Compobags auf Fenstersimsen sowie die Geruchsemissionen dürfen nicht unterschätzt werden. Die Organisation und Kontrolle der Verantwortlichkeit bzw. Ansprechperson der Container führen zu grossem administrativem Aufwand.

Es ist richtig, dass für die zusätzliche Grüngutsammlung eine Verursachergebühr mittels Jahrespauschale erhoben und somit nicht über die Grundgebühr finanziert wird; die Grundgebühr sollte eher reduziert werden.

Die Hauseigentümer oder Mietergemeinschaften haben die zusätzlichen Kosten zu tragen (Anschaffung, Bereitstellung, Reinigung). Eine Abrechnung über die Nebenkosten bringt juristische Probleme wegen bestehenden Mietverträgen (Position in Mietvertrag nicht aufgeführt). Die Kosten für die Compobags fehlen im Vortrag.

Einführungstermin Mitte 2013 scheint zu früh. Wegen genauer Kostenberechnung sollen zuerst Erfahrungen mit der neuen Kehrriechverbrennungsanlage gesammelt werden sowie die Erfahrungen anderer Städte genutzt werden. Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum etwas Neues (mehr Probleme/Kosten) eingeführt werden muss, wenn der bisherige Standard nicht gehalten werden kann (Verzicht auf Laubenreinigung, Abendreinigung, etc.)?

Quartiermitwirkung Stadtteil 3 QM3

Trotz Fristverlängerung war für die QM3 die Vernehmlassungsdauer zu kurz, um eine offizielle Stellungnahme abgeben zu können. Sie beschränkt sich deshalb darauf, die einzelnen Fragen und Anregungen der Delegiertenversammlung wiederzugeben:

Der Nutzen bzgl. die Effizienz und Ökologie einer Vergärungsanlage im Vgl. zur Kehrriechverbrennungsanlage wird bezweifelt. Dass vermehrt Container allwöchentlich auf den Trottoiren stehen, wird von den Bewohnern nicht gern gesehen. Es wird befürchtet, dass eine Ausweitung des Grüngutes falsches Entsorgen und wilde Deponien generieren. Es sollten die Erfahrungen aus Zürich abgewartet werden, bevor die Sammlung definitiv eingeführt wird. Die Bewohner (Mieter oder Eigentümer), die heute ihren eigenen Kompost betreiben, werden mit der neuen Regelung „bestraft“.

Vereinigte Altstadtleute Bern VAL

Die VAL begrüßen und unterstützen grundsätzlich die erweiterte Grüngut-sammlung. Die geplante Umsetzung wird als sachgerecht und praktikabel eingeschätzt. Zahlreiche Anwohner der unteren Altstadt werden jedoch von der Sammlung nicht profitieren können, da die Container zwingend auf privatem Grund zu lagern sind und dies in vielen Liegenschaften aus logistischen Gründen nicht möglich ist. Die VAL regen deshalb folgende Eigenlösung für die Anwohner der unteren Altstadt an: Zurverfügungstellung kleinerer Normcontainer, die auch auf kleinem Raum gelagert werden können; Einrichtung zentraler Sammelstellen, sei dies bei den ordentlichen öffentlichen Sammelstellen (als permanente Einrichtung) oder als temporärer Container an entsprechend bezeichneten Orten in der Gasse am Abfuhrtag. Die VAL sind sich bewusst, dass bei dieser Variante die Berücksichtigung des Verursacherprinzips speziell geprüft und gelöst werden muss. Allenfalls liesse sich die Umsetzung mit einer Gebühr zur Öffnung des Containers lösen.

4. Weitere

Familiengärtnerverband Bern FGVB

Das vorgeschlagene Konzept wird weder klar befürwortet noch abgelehnt. In der Stellungnahme wird eher der Status Quo des heutigen Grüngutbereitstellungs- und Sammelsystems in den Familiengartenanlagen beschrieben. Dabei wird das heutige System als gut erachtet. Die Sammlung und Bereitstellung mittels Container wird dabei als vorteilhaft gegen Missbrauch und Verunreinigungen bei der Kompostierung in den Gärten beschrieben. Das für die Grünabfuhr bereitgestellte Grüngut wird als wertvolles Material für die Verbrennung eingestuft. Wegen der künftigen Gebührenerhebung lehnt der Familiengärtnerverband die Teilrevision ab, da dies für einige Pächter zu

teuer käme. Der Verband befürchtet durch die neue Gebührenerhebung illegales Grüngutentsorgen in Wäldern und Waldrändern in unmittelbarer Nähe der Familiengärten.

**Hauseigentümer-
verband Bern und
Umgebung
HEV**

Der Hauseigentümergebieterverband lehnt die Ausdehnung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Aus seiner Sicht ist nicht nachgewiesen, dass der Nutzen grösser als der Aufwand ist. Gemäss Vortrag bringt die Ausdehnung der Grüngutsammlung keine spürbare Entlastung bei der Siedlungsabfallentsorgung. Weiter bleibt offen, wie die Energiebilanz unter Einbezug der zusätzlichen aufzuwendenden Energie (zusätzliche Transportfahrzeuge, zusätzliche Fahrten) effektiv ausfällt. Aufwandseitig ist jedoch klar, dass bei der Stadt und den Grundeigentümern ein administrativer, finanzieller, organisatorischer Mehraufwand (Beschaffung, Bereitstellung, Reinigung) anfällt, nebst den negativen Auswirkungen auf das Ortsbild und den Geruchsemissionen. Der Hauseigentümergebieterverband lehnt es zudem ab, dass die Reduktion der Grundgebühr durch eine neue Gebühr aufgehoben wird. Für den Verband ist die Freiwilligkeit der Sammlung nur Theorie, in der Praxis wird sich kaum ein Hauseigentümer gegen die Wünsche seiner Mieter wehren können. Das Projekt sollte erst angegangen werden, wenn aus der Stadt Zürich entsprechende Erfahrungen vorliegen.

Verwendete Abkürzungen

AFR	Abfallreglement Stadt Bern
ERB	Entsorgung + Recycling Stadt Bern
BGE	Bundesgerichtsentscheid
LBN	Leist Bern Nord
VAL	Vereinigte Altstadtleiste Bern - alle Leiste
LBL	Lorraine-Breitenrain-Leist
QM3	Quartiermitwirkung Stadtteil 3 (QM3)
HEV	Hauseigentümergebieterverband Bern und Umgebung
BDP	Bürgerliche Demokratische Partei
CVP	Christlich-Demokratische Volkspartei Bern
EDU	Eidgenössisch-Demokratische-Partei
EVP	Evangelische Volkspartei der Stadt Bern
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Stadt Bern
GFL	Grüne-Freie Liste Stadt Bern
GB	Grünes Bündnis
SD	Schweizer Demokraten
SVP	Schweizerische Volkspartei der Stadt Bern
SP	Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
FGVB	Familiengärtnerverband Bern
TVS	Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün